

# **Europa – eine Vision mit Zukunft**

Beschluss des Bundesvorstandes am 24. Januar 2004 in Berlin

Die Europäische Union steht vor großen Veränderungen. Am 1. Mai 2004 werden zehn Staaten neue Mitglieder, 75 Millionen Menschen neue EU-Bürger. Zugleich wird 2004 ein neues europäisches Parlament gewählt. Der Europäische Konvent hat seine Arbeit am Verfassungsvertrag abgeschlossen. Damit steht den Europäischen Institutionen die größte Reform ihrer Geschichte bevor. Die Junge Union Deutschlands will den Prozess der Europäischen Einigung weiterhin konstruktiv begleiten und ihn entschieden unterstützen und somit für ein starkes Europa der Nationen und Regionen werben.

### **Unser Europa der Zukunft**

Unser Europa der Zukunft ist ein Staatenverbund, der nach dem Subsidiaritätsprinzip organisiert ist und seine Kompetenzen von den Nationen ableitet, nicht von sich selbst. Unser Europa respektiert die kulturelle Vielfalt seiner Völker und Regionen. Unser Europa ist der dynamischste Wirtschaftsraum der Welt. Unser Europa nimmt in der Außen- und Verteidigungspolitik eine starke Rolle ein und spricht international mit einer Stimme. Unser Europa ist für seine Bürger transparent und legitimiert seine Institutionen und Entscheidungen demokratisch durch die Bürger und deren demokratisch verantwortliche Vertreter in den Mitgliedsstaaten.

### **Der Verfassungsvertrag**

Der Europäische Konvent hat einen Entwurf für einen Verfassungsvertrag ausgearbeitet, der die Europäische Union auf eine neue Basis stellt. Die Junge Union Deutschlands nimmt erfreut zur Kenntnis, dass damit der Post-Nizza-Prozess wesentlich weiter gekommen ist. Viele Punkte des Entwurfes schienen zu Beginn der Konventarbeit nicht erreichbar. Die Kompetenzabgrenzung wird damit wesentlich klarer, die europäischen Institutionen werden deutlicher demokratisch legitimiert. Trotzdem ist noch nicht das Optimum erreicht. Der Ball liegt nun bei der Regierungskonferenz. Die Bundesregierung muss sich dort unter anderem für folgende Anliegen einsetzen:

- Die Präambel muss einen deutlichen Bezug auf den Glauben an Gott und das christliche Erbe Europas enthalten.
- Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung in der Außenpolitik muss erheblich ausgeweitet werden. Lediglich bei Truppenstellungen muss noch es beim Einstimmigkeitsprinzip bleiben.

- Die Kompetenzverteilung in der Koordination der Wirtschaftspolitik muss deutlicher formuliert werden.
- Das Ziel der Preisstabilität muss im Verfassungsvertrag verankert sein.
- Die Finanzierungsregeln müssen präzisiert werden, um zu vermeiden, dass weitere Beschlüsse zu Lasten Deutschlands nicht gegen unseren Willen erfolgen können.
- Der Verfassungsvertrag sollte die Außengrenzen der Europäischen Union klar benennen.

Die Junge Union Deutschlands unterstützt den Verfassungsvertrag ausdrücklich. Wir appellieren daher an die Mitgliedsstaaten, den Verfassungsvertrag unter Berücksichtigung der angesprochenen Änderungen baldmöglichst zu ratifizieren.

### **Eine starke Stimme in der Welt**

Die Europäische Union muss ihr außenpolitisches Profil schärfen. Dabei muss Europa seine weltpolitische Rolle aus sich selbst heraus definieren, nicht jedoch in Abgrenzung zu den USA. Die Junge Union Deutschlands ist davon überzeugt, dass nur die USA und Europa zusammen in der Lage sind, die globalen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu meistern.

Deshalb muss eine europäische Verteidigungskomponente auch grundsätzlich als Pfeiler der NATO organisiert sein. In diesem Rahmen streben wir die bessere Koordination der nationalen Verteidigungsstrukturen an. Eine verstärkte Integration ist jedoch nur realistisch, wenn die Europäische Union gerade ihren kleineren Mitgliedsstaaten eine glaubwürdige Sicherheitsgarantie geben kann. Die Beistandsklausel im Verfassungsvertrag ist dafür ein sinnvoller Ansatz, muss allerdings mit der Zeit weiterentwickelt werden. Dabei müssen auch EU-Mitgliedsländer, die nicht in der NATO sind, in den europäischen militärischen Strukturen mitarbeiten können. Als einen weiteren Schritt streben wir eine Gesamtplanung der militärischen Kapazitäten der Mitgliedsstaaten an, um sie besser untereinander zu vernetzen.

Wir bekräftigen die Möglichkeit einzelner Mitgliedsstaaten, eine verstärkte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik einzugehen. Dabei muss allerdings immer klar sein, dass kein anderer Staat ausgeschlossen wird. Eine Bildung konkurrierender Staatengruppen innerhalb der Europäischen Union darf es nicht geben.

Das Amt des Europäischen Außenministers wird eine der wesentlichen Schaltstellen für die künftige europäische Außenpolitik sein, wenn auch dort das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gestärkt wird. Um auch dieses Amt demokratisch zu legitimieren, fordern wir den Europäischen Rat auf, bei der Auswahl des Kandidaten den Ausgang der Wahlen zum europäischen Parlament zu berücksichtigen.

### **Europa wählt**

Die Europawahl 2004 ist eine wichtige Weichenstellung für die Europäische Union. Die Junge Union Deutschlands bekräftigt ihren Willen, dass die EVP/ED-Fraktion ihre erfolgreiche Arbeit als stärkste Kraft in der europäischen Politik fortsetzen kann. Um ihre politische Konzeption zu stärken, sollen die EVP/ED-Mitgliedsparteien im Vorfeld der Wahl einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufstellen. Damit wird den Wählern transparent, wen sie wählen und wer ihnen gegenüber für die politischen Entscheidungen in Brüssel verantwortlich ist. In Zukunft wünschen wir uns dasselbe Verfahren bei der Nominierung des Vorsitzenden des Europäischen Rates und des Europäischen Außenministers.

Die nächste Europäische Kommission wird die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik fortsetzen müssen. Die Junge Union Deutschlands unterstützt die Bemühungen, dieses Feld im Hinblick auf die Welthandelsrunde von Doha zu reformieren, ausdrücklich. Die Entkopplung der Subventionen von der Produktion geht in die richtige Richtung. Dabei müssen allerdings die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft, gerade in Deutschland, berücksichtigt werden.

Das neue Europäische Parlament soll sich dafür einsetzen, dass im europäischen Haushalt sparsam gewirtschaftet wird. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Kommission soll daher ein umfassendes Sparpaket sein, das Subventionen und Verwaltungsausgaben auf den Prüfstand stellt, um die Mitgliedsländer finanziell zu entlasten. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir ausdrücklich, dass die Finanzierung der Europäischen Union ausschließlich von den Mitgliedsstaaten beschlossen wird. Eine eigene Steuerkompetenz der Europäischen Union lehnen wir entschieden ab. Ebenso muss die Ausgestaltung der Sozialen Sicherungssysteme Aufgabe der Mitgliedsstaaten bleiben.

Das oberste Ziel europäischer Geldpolitik muss die Preisstabilität sein. Daher lehnen wir eine politische Einflussnahme der nationalen Regierungen auf die Europäische Zentralbank auf das Schärfste ab. Wir fordern sie stattdessen auf, ihre eigenen wirtschafts- und haushaltspolitischen Reformen voranzubringen. Eine Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, für den sich Deutschland unter Helmut Kohl und Theo Waigel an vorderster Front eingesetzt hat, können wir auf keinen Fall akzeptieren.

Die Osterweiterung stellt das neue Parlament und die neue Kommission vor wichtige Aufgaben. Wir wollen, dass die Integration der neuen Mitgliedsstaaten weitgehend abgeschlossen ist, bevor neue Staaten aufgenommen werden. Eine Aufnahme der Türkei in die Europäische Union lehnen wir dagegen ab, fordern aber eine enge institutionelle Anbindung der Türkei an die Europäische Union, die sich nach dem Fortschritt der gesellschaftlichen Reformen in der Türkei richtet. Insbesondere muss Europa der Türkei eine privilegierte Partnerschaft in der Wirtschafts- und in der Sicherheitspolitik anbieten.

Wir befürworten eine stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander und mit der Europäischen Union in der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Transnationalen Terrorismus. Daher schlagen wir eine Stärkung von Europol und die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft vor. Zudem soll die Zusammenarbeit der europäischen Geheimdienste ausgebaut werden.

### **Für ein Europa der Zukunft**

Um diese Punkte geht es bei der Europawahl 2004. Wir glauben an die Vision der Europäischen Einigung der großen Staatsmänner von Winston Churchill, Charles de Gaulle, Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi bis Helmut Kohl – eine der stärksten Visionen der Geschichte. Wir glauben, dass Europa mehr ist als die Summe seiner Bestandteile: Europa ist eine Vision mit Zukunft. An dieser Vision wollen wir weiter gemeinsam arbeiten.